



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie	Andre Hüsgen
Anschrift	Rathaus Barmen 42275 Wuppertal
Telefon (0202)	0202-60933100
Fax (0202)	
E-Mail	andre.huesgen@gmx.de
Datum	13.03.2019
Drucks. Nr.	VO/0228/19 öffentlich

Herrn Oberbürgermeister Andreas Mucke

Große Anfrage

Zur Sitzung am 20.05.2019	Gremium Rat der Stadt Wuppertal
-------------------------------------	---

Große Anfrage : Inhaltliche Ausrichtung von kommunal geförderter Anti-Extremismus-Arbeit

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte beantworten Sie unsere Große Anfrage zur Ratssitzung am 20. Mai 2019.

- 1) Sieht sich die Verwaltung in der Lage, gegenüber der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V. eine inhaltliche Präzisierung der Arbeit anzuregen? Wenn ja: Was gedenkt die Verwaltung genau zu tun? Wenn nein: Warum nicht?
- 2) Gedenkt die Verwaltung künftig weitere Beschlussvorlagen zugunsten der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e. V. einzureichen, auch wenn weiterhin Kooperationen zwischen dieser und linksextremistischen Kreisen stattfinden sollten? Wenn ja: Warum?

Begründung

Schaut man sich die Arbeit der Wuppertaler Initiative für Demokratie und Toleranz e.V. (folgend: Initiative) an, so fällt auf, dass sich dort in konformistischer Weise und bewusst schwammig immerzu „gegen Rechts“ positioniert wird, aber Extremismen, die nicht als „rechts“ wahrgenommen werden, wenig bis gar nicht behandelt werden. Es wäre völlig neu, sollte die Initiative einmal den in der Stadt offenkundig vorhandenen und zweifellos gewaltbereiten Linksextremismus thematisieren. Es sei nur erinnert an die massiven Sachschäden, die unbekannte Linksextremisten mehrmals zuungunsten von Wuppertaler AfD-Mitgliedern binnen der letzten Jahre verursachten. Oder auch der enorme Wasserschaden und die Buttersäure-Attacke auf die seinerzeit im Bau befindliche Polizeiwache Schloßbleiche im März 2018 trug unverkennbar die Handschrift von linksextremistischen Gewalttätern. Auch gab es

eindeutig linksextremistisch motivierte Anschläge auf lokale Büroräumlichkeiten etablierter Parteien. Der islamische Extremismus wird von der Initiative höchstens stiefmütterlich behandelt.

Mit der Beschlussvorlage VO/0131/19 beschloss am 25. Februar 2019 der Rat der Stadt gegen die Stimmen aus den Reihen der Antragstellerin einen jährlichen Personalkostenzuschuss in Höhe von 40.000 Euro für die Initiative. Dies verwundert in hohem Maße, weil in der Vergangenheit immer wieder offene Kooperationen zwischen der Initiative und stadtbekannten Linksextremisten sichtbar wurden. Stets wenn es linke bis linksextrem motivierte Gegendemonstrationen in der Stadt gibt, sind Vertreter der Initiative Seit' an Seit' mit Anarchisten und Kommunisten zu sehen. Die Querverbindungen zwischen der Initiative und dem „Autonomen Zentrum“ in der Elberfelder Nordstadt sind alles andere als ein Geheimnis. Aus Sicht der Antragstellerin muss die Initiative sich entweder klar und deutlich zum antitotalitären Konsens aller tatsächlichen Demokraten bekennen, der u. a. Kooperationen mit gewaltaffinen Anarchisten und Kommunisten ausschließt, oder ihr müssen jegliche öffentlichen Förderungen ersatzlos gestrichen werden.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte
Fraktionsvorsitzende